

Unterrichtung
(zu Drs. 16/624 und 16/1065)

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 27.03.2009

Demokratieerfahrungen fördern, Partizipationsmöglichkeiten stärken, den Integrationsgedanken umsetzen und Menschenrechtsbildung ausbauen - Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/624

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Sport und Integration - Drs. 16/1065

Der Landtag hat in seiner 35. Sitzung am 27.03.2009 folgende Entschließung angenommen:

Demokratieerfahrungen fördern, Partizipationsmöglichkeiten stärken, den Integrationsgedanken umsetzen und Menschenrechtsbildung ausbauen - Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus

Unsere Demokratie hat rund 60 Jahre nach ihrer (Wieder-) Einführung im Westen Deutschlands und rund 20 Jahren nach Einführung im Osten Deutschlands eine erfreuliche Stabilität erreicht. Dennoch ist sie immer Gefährdungen ausgesetzt, denen es vorzubeugen und entgegenzutreten gilt. Die Zahl der Verbrechen mit rechtsradikalem Hintergrund bewegt sich seit Jahren auf einem hohen Niveau.

Deshalb stellt die Beobachtung und Bekämpfung des Rechtsextremismus einen Schwerpunkt der Niedersächsischen Landesregierung dar. Es wurden eine Vielzahl von Projekten und Programmen zur Eindämmung des Rechtsextremismus ins Leben gerufen und neue Konzepte erarbeitet, um sich den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Der Landtag hält es für dringend geboten, das Gedankengut der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu festigen und zu verbreiten sowie zugleich den Schutz der Verfassung vor Feinden der Demokratie zu sichern. Insbesondere Kinder und Jugendliche sollen besser vor extremistischen Gefahren durch frühzeitige Aufklärung über die Bedeutung der Grund- und Menschenrechte in unserer Verfassung geschützt werden. Extremisten haben speziell dann ein leichtes Spiel mit Kindern und Jugendlichen, wenn diese nicht hinreichend über die Grundprinzipien der Demokratie und die oft verborgenen Absichten von Gegnern unserer Verfassung aufgeklärt sind. Da schon im frühen Kindes- und Jugendalter die Grundlagen dafür gelegt werden, ob ein Mensch in seinem Leben für unsere Werteordnung eintreten wird oder stattdessen beispielsweise für fremdenfeindliche Parolen rechtsextremistischer Organisationen empfänglich ist, sollte verstärkt an den niedersächsischen Schulen politische Bildungsarbeit geleistet werden.

Diese politische Bildungsarbeit könnte zum Beispiel mit Hilfe einer so genannten Grundrechtefibel erfolgen. Diese kann Grundschulern ein altersgemäßes Basiswissen über die Werte und Regeln des menschlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens vermitteln. Denn mit Hilfe der Grundrechtefibel lernen die Kinder Rechte und Pflichten aller Bürgerinnen und Bürger und damit auch ihre eigenen Rechte und Pflichten kennen und verstehen. Durch eine altersgerechte Aufbereitung und anschauliche Sprache können sie die Bedeutung der Grundrechte für sich und andere in ihrem Alltag verstehen und nachvollziehen.

Eine solche altersgerechte Aufklärung kann auch den Jugendlichen in Niedersachsen vermittelt werden und zwar mit Hilfe eines so genannten Bildungscomics gegen Rechtsextremismus. Dieser erstmalig im Land Nordrhein-Westfalen entwickelte Comic hilft im Schulalltag rechtsextremistische Propaganda als das zu entlarven, was sie ist: menschenverachtend und demokratiefeindlich. Es soll braunen Agitatoren die Chance nehmen, Jugendliche zu verführen. Denn Rechtsextremismus ist in Deutschland ein junges Problem, welches immer mehr Jugendliche betrifft. Der Altersdurchschnitt der NPD-Mitglieder liegt deutlich unter denen der demokratischen Volksparteien und gerade bei Jungwählern sind rechtsextremistische Parteien besonders erfolgreich.

Unsere Demokratie basiert auf unserem Grundgesetz. Dort sind Meinungsäußerungen garantiert. Es sei denn, der Gesetzgeber hat im Interesse des Rechtsgüterschutzes Schranken im Einklang mit Art. 5 GG festgelegt. In diesem Sinne urteilt auch das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung, indem es die Meinungsfreiheit als schlechthin konstituierend für die freiheitlich demokratische Ordnung des Grundgesetzes benennt.

Der Landtag setzt sich aus diesem Grunde für einen modernen Verfassungspatriotismus ein, welcher die politische Bedeutung von Grundrechten und Grundfreiheiten ernst nimmt. Wir verstehen darunter die Integration aller Bürger jenseits von Geschlecht, Hautfarbe, sozialer Herkunft oder Behinderung.

Aus Sicht des Landtages ist es völlig unstrittig, dass die demokratischen Parteien die rechtspopulistische Agenda nicht aufgreifen dürfen. Alle demokratischen Parteien, aber auch die Zivilgesellschaft und damit wir alle, müssen deutlich machen, dass fremdenfeindliche, rassistische und nationalistische Zwischentöne in der politischen Debatte nichts verloren haben. Wer dumpfe Ressentiments bedient, schadet der demokratischen politischen Kultur. Aus der Mitte der Gesellschaft müssen solche Ressentiments bekämpft werden. Sie dürfen nicht befördert werden.

Rechte Ideologie übt auf viele Menschen eine hohe Anziehungskraft aus: Die vermeintliche Solidarität der „Volksgemeinschaft“, die Angst vor Fremden, das Misstrauen gegenüber wirtschaftlicher Globalisierung, Sozialneid – dies alles appelliert an tief sitzende Vorurteile. Doch solchen Bedrohungen setzt der Landtag nicht primär eine staatliche Repression entgegen, welche den Rechtsstaat gefährdet. Vielmehr weiß der Landtag um die Überzeugungskraft der Vernunft und um den Mut eines jeden Einzelnen, sich entschieden für Toleranz einzusetzen.

Allerdings stärkt die gesellschaftliche Debatte gelegentlich den Rechtsextremen den Rücken: Hohe Arbeitslosigkeit wird immer wieder mit Einwanderung in Verbindung gebracht und mit ökonomischen Veränderungen im Rahmen der Globalisierung gehen Unsicherheiten einher. Ein höheres Wirtschaftswachstum und der Rückgang von Arbeitslosigkeit reichen allein nicht aus, um rechtsextremistische Tendenzen in der Gesellschaft zu beseitigen. Viel zu oft finden rechtsextreme Neigungen ihren Weg in die Mitte der Gesellschaft, da Fremdenfeindlichkeit ein weitaus vielschichtigeres Phänomen zu sein scheint und in den unterschiedlichsten Milieus vorkommt.

Ökonomischer Aufschwung stellt unsere Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Man benötigt differenzierte Antworten, um den Gefahren der sozialen Radikalisierung politisch entgegenzutreten. Zu differenzierten Antworten gehört, den Motiven rechtsextremer Einstellungen und Gewalt auf plausible Weise nachzugehen, gerade weil sie so vielschichtig sind.

Der Landtag verurteilt Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt. Der Landtag appelliert deshalb insbesondere an die Städte und Gemeinden, sich für Gemeinsinn, ein solidarisches Zusammenleben aller Menschen und für Demokratie und Toleranz zu engagieren. Vorurteilen oder Ausschreitungen von Personen oder Personengruppen kann gerade vor Ort durch ein couragiertes Auftreten aller Bürgerinnen und Bürger besonders wirksam begegnet werden. Solches Handeln verdient öffentliche Unterstützung, auch seitens der staatlichen Ebenen.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist ein wichtiges, nicht allein mit strafrechtlichen Mitteln zu erreichendes Ziel. Mittel- und langfristige Veränderungen rechtsextremistischer, ausländerfeindlicher, antisemitischer und gewaltbereiter Einstellungen und Verhaltensweisen erfordern auch Angebote, um insbesondere für rechtsextremistische Straftäter den Ausstieg aus der rechten Szene zu erleichtern und eine Rückkehr in die Mitte der Gesellschaft zu ermöglichen.

Wir brauchen deshalb eine Intensivierung der Programme für gewaltbereite und gefährdete Jugendliche, Angebote für jugendliche Aussteiger aus der rechten Szene, zum Beispiel zum Nachholen von Schulabschlüssen und beruflicher Qualifizierung sowie Gewaltpräventionsprogramme an Schulen und in der Jugendarbeit. Gute Grundlage und somit unterstützenswert ist die Arbeit der Anlaufstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG), welche seit 1999 im Bereich der Gewaltprävention sowie der politischen Bildungsarbeit tätig ist und Aussteiger aus der rechten Szene berät. Darüber hinaus bietet die ARUG im Rahmen der Gewaltprävention Antigewalttraining an Schulen an. Doch auch das vom Niedersächsischen Justizministerium initiierte und betreute Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten (AussteigerhilfeRechts) hilft bei der Beendigung rechtsextremistischer Karrieren und dient damit durch Rückfallprävention dem Schutz der Gesellschaft vor rechtsextremistischen Straftätern.

Der Landtag spricht sich darüber hinaus gegen jede Form des Links- und religiösen Extremismus aus. Die wirkungsvolle Bekämpfung des politischen Extremismus jeglicher Ausrichtung ist die Kernfunktion einer wehrhaften Demokratie und zentraler Bestandteil der Innenpolitik in Niedersachsen.

Der Landtag hält es schließlich für notwendig, dass die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem gefährlichen Gedankengut der extremen Rechten von allen demokratischen Parteien gemeinsam verstärkt und offensiv geführt wird. Aus diesem Grunde bittet der Landtag die Landesregierung, sich verstärkt für die Aufklärung über und Bekämpfung des Rechtsextremismus in Niedersachsen einzusetzen.